

## Presseinformation

28. April 2014

### **Bürgerinitiativen unterstützen Seehofers „10H“-Gesetz**

**München - Die bayerische Staatsregierung möchte den Menschen, der Natur und der Landschaft mehr Schutz gewähren. Eine „10H-Regel“ in der Landesbauordnung soll verbindliche Abstandsregelungen zwischen Wohnbebauung und Windkraftanlagen festlegen. Die Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT. hat dieses Gesetzesvorhaben im Rahmen der Verbändeanhörung unterstützt. Eine gemeinsam mit *Gegenwind Bayern* in Auftrag gegebene Rechtsexpertise der renommierten Rechtsanwaltskanzlei Labbé & Partner widerlegt die von den Grünen vorgebrachte Kritik und belegt zudem die Rechtskonformität des eingeschlagenen Weges zur Umsetzung größerer Abstände.**

Ihre grundsätzliche Zustimmung verbinden die Bundesinitiative Vernunftkraft und Gegenwind Bayern mit zwei Forderungen:

1. Die 10H-Regelung muss aus Gesundheits- und Naturschutzgründen ohne jede Abstriche verwirklicht werden und für jedwede Art von Wohnbebauung gelten. Der jetzige Gesetzesentwurf bleibt hinter früheren Zusagen und der öffentlichen Erwartungshaltung zurück und muss entsprechend angepasst werden, da sonst die 10H-Regelung unnötig verwässert wird.
2. Die generelle 10H-Regelung darf nicht durch zu weit gefasste Ausnahmen auf Gemeindeebene geschwächt werden. Ausnahmeregelungen sind nur dann zu akzeptieren, wenn sie auf breiten örtlichen Konsens unter Einbeziehung der betroffenen Nachbargemeinden und unter intensiver Öffentlichkeitsbeteiligung getragen werden. Solche Vorgaben müssen an geeigneter Stelle festgeschrieben werden. Die bestehende Beteiligung im Rahmen eines normalen Bauverfahrens reicht dazu nicht aus.

Die seitens VERNUNFTKRAFT. und Gegenwind Bayern in Auftrag gegebene Rechtsexpertise widerlegt die Kritik der Grünen und bestätigt die bayerische Staatsregierung in ihrem Vorhaben:

Anlass der gesetzlichen Beschränkung der Windenergie ist insbesondere die fehlende Akzeptanz in den Gemeinden. Der Bundesgesetzgeber könnte die Privilegierung von Windenergieanlagen vollständig aufheben. Entgegen anderslautender Behauptungen kann die derzeit bestehende Privilegierung der Windenergie umfassend eingeschränkt werden. Der bayerische Gesetzentwurf bewegt sich grundsätzlich innerhalb des bundesgesetzlich vorgegebenen Rahmens.

Die Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT als Vertretung mehrerer hundert Bürgerinitiativen gegen den ungezügelten Windkraftausbau aus ganz Deutschland und der Bündnispartner *Gegenwind Bayern*, selbst Vertreter von mehr als 100 bayerischen Bürgerinitiativen, werden den Gesetzgebungsprozess weiter intensiv begleiten. VERNUNFTKRAFT-Sprecher Markus Pflitsch bestätigt:

*„Wir sind zuversichtlich, dass Bayern bald ein rechtsgültiges und zeitgemäßes Abstandsgesetz zwischen Wohnbebauung und industriellen Windkraftanlagen bekommt. Damit wird Bayern seiner Vorreiterrolle gerecht. Das rechtskonforme und umsetzbare bayerische Modell wird Signalcharakter haben.“*